

Antrag zur Entscheidung durch den Rat der Stadt Helmstedt

„Wirtschaftliche Zukunft der Stadt Helmstedt sichern – mittelständische Betriebe ansiedeln“

Antragsteller: Roswitha Engelke, Ratsfrau DIE LINKE. im Rat der Stadt Helmstedt

Helmstedt, 01.03.2015

1. Begründung:

Die Mehrzahl der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland steht vor der Situation aus Geldnot radikale Kürzungen der Haushalte vornehmen zu müssen. Die Stadt Helmstedt stellt keine Ausnahme von diesen Verhältnissen dar. Der Schuldenstand beläuft sich aktuell auf rund sechszwanzig Millionen Euro. Das Auslaufen der Zonenrandförderung hat dazu beigetragen.

Helmstedt spart bei den Freiwilligen Leistungen wie der Unterstützung von Sportvereinen, bei Seniorenbegegnungsstätten, der Jugendförderung aber auch bei den Pflichtaufgaben. Aus Geldgründen wird die Grundschule Ostendorf geschlossen. Es wurden Arbeitsplätze in den Verwaltungen eingespart und Auszubildende können nach dem Ende der Lehre nur noch in Ausnahmefällen übernommen werden.

Helmstedt ist trotz der finanziell ungenügenden Möglichkeiten eine attraktive Stadt. Sie bietet Einkaufsmöglichkeiten, eine verkehrstechnisch gute Anbindung an die Autobahn, verfügt über ein vielfältiges Wohnungsangebot und wurde von Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg verschont. Innerhalb der ehemaligen und weitestgehend erhaltenen Stadtwälle bietet sich ein von mittelalterlichen Fachwerkhäusern geprägtes Bild. Helmstedt gehörte einstmals zum Hansebund und war Universitätsstadt. Das drückt sich im Stadtbild aus.

Über die Nordseite der Stadt zieht sich ein langgezogener Grüngürtel nebst Teichen, der Naherholung bei kurzen Anlaufwegen bietet. Lappwald, der nahegelegene Elm und weitere kleinere Höhenzüge und Wälder stellen ganztägige Wandermöglichkeiten zur Verfügung. Ein Wald- und Hallenbad ergänzen die Entspannung. Die Lübbensteine gehören zu den imposantesten in Europa zu findenden Großsteingräbern. Ein Feriengebiet mit Wassersportgelegenheiten und Übernachtungsmöglichkeiten „Lappwaldsee“ wird vorbereitet.

Trotz der guten Infrastruktur, dem attraktiven Umfeld und der direkten Anbindung an die Autobahn A2 mit der Nähe zum Stammwerk der Volkswagen AG stagniert die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist beispielsweise nach Ende des zweiten Weltkriegs bis heute nicht gelungen, Zulieferbetriebe für die Volkswagen AG anzuwerben. Dagegen haben Maschinenbaubetriebe, Baufirmen, eine Lackfabrik und insbesondere die Braunschweigischen Kohlebetriebe ihren Unternehmen in Helmstedt aufgegeben oder weitgehend eingeschränkt. Helmstedts wirtschaftliche Situation stellt sich dementsprechend als ungenügend dar.

Nötig ist die Ansiedlung von mittelständischen Betrieben. Dazu verfügt Helmstedt bereits über ein Gewerbegebiet im Nordwesten der Stadt, das eine sehr kurze und quasi direkte Anbindung zur Autobahn besitzt.

Helmstedts Verwaltung versucht derzeit über eine geplante Fusion mit der Samtgemeinde Nord-Elm eine weitestgehende Entschuldung voran zu bringen.

Konzeptionell liegt das Schwergewicht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei den Einsparungen. Ein Schwerpunkt der Verwaltungsaufgaben sollte aber auf die Ansiedlung von Betrieben gelegt werden, wobei für die Infrastrukturen bereits erhebliche Investitionen getätigt wurden. Allein die Ansiedlung eines mittelständischen Betriebes könnte Einnahmen für Helmstedt generieren, die höher liegen als die genannten und bisher getätigten Einsparungen.

2. Beschluss

- a.) Die Verwaltung der Stadt Helmstedt wird beauftragt, eine umfängliche Liste von groß- und mittelständischen Produktionsbetrieben jeglicher Art aufzustellen, von denen eine Ansiedlung in Helmstedt denkbar wäre.
- b.) Der Bürgermeister der Stadt Helmstedt wird beauftragt, mit den von der Verwaltung gefundenen Betrieben Verhandlungen über eine Ansiedlung in Helmstedt aufzunehmen.
- c.) Der Bürgermeister berichtet dem Rat der Stadt bei den Ratssitzungen umfassend über den Umfang und Erfolg der Bemühungen.

Roswitha Engelke, Ratsfrau im Rat der Stadt Helmstedt für DIE LINKE.